

FCG-Newsletter

Ich hoffe, ihr seid gut in das Jahr 2024 gestartet und freue mich, Euch auch heuer Einblicke in meine politische Arbeit zu geben über den regelmäßigen Newsletter zur Arbeit im Nationalrat sowie über meine Social-Media-Kanäle (Facebook und Instagram).

Die spannendsten Inhalte vom Januar-Plenum und aktuelle Themen im Überblick:

- Im Zuge der Plenartage gab es u.a. **eine Aktuelle Europastunde der ÖVP zum Thema „Sicherheit für Österreich erfordert auch den Blick nach Europa“**. Die Sicherheitslage und geopolitischen Herausforderungen in Europa haben sich in den letzten Jahren stark verändert, insbesondere durch den russischen Angriff auf die Ukraine, der die europäische Sicherheitsarchitektur erheblich beeinträchtigt hat. Seit 2013 hat die EU ihre Bemühungen in Sicherheit und Verteidigung intensiviert und bewegt sich in Richtung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik. Angesichts zunehmender externer Bedrohungen ist es notwendig, in die Stärkung der Verteidigungsbereitschaft zu investieren, wobei Österreichs Neutralität weiterhin grundlegend bleibt. Die EU-Mitgliedschaft ermöglicht Österreich Kooperationen, und mit dem "strategischen Kompass" wurde eine gemeinsame Vision für die Rolle der EU in Sicherheit und Verteidigung festgelegt. Ein wichtiger Aspekt ist die Notwendigkeit einer koordinierten europäischen Luftraumüberwachung und -verteidigung, wobei "Sky Shield" ein zentrales militärisches Sicherheitssystem für Österreich und 18 weitere europäische Staaten darstellt, um Bedrohungen aus der Luft abzuwehren.
- **Informationsfreiheitsgesetz**
In Zukunft ist es erforderlich, dass bestimmte Einrichtungen und Behörden Informationen, die von allgemeinem Interesse sind, auf der Webseite www.data.gv.at veröffentlichen. Zu diesen Informationen gehören unter anderem Organisationsstrukturen, Berichte über die Tätigkeiten, offizielle Mitteilungen sowie Studien und Expertisen. Diese Veröffentlichungspflicht betrifft primär Verwaltungsorgane, die ordentliche Gerichtsbarkeit, Verwaltungsgerichte, den Verwaltungsgerichtshof sowie den Verfassungsgerichtshof.



Ebenso sind der Nationalrat, der Bundesrat, der Rechnungshof und die Volksanwaltschaft einbezogen. Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern müssen sich ebenfalls an diese proaktive Informationspflicht halten, die für alle nach dem Inkrafttreten des Gesetzes entstehenden Informationen gilt. Ausnahmen bilden Informationen, die geheim zu halten sind oder die im Interesse der öffentlichen Ordnung oder nationalen Sicherheit stehen.

- **Neue Servicestelle für Künstliche Intelligenz**

Eine neue Servicestelle für Künstliche Intelligenz bei der Rundfunk- und Telekomregulierungsbehörde RTR Stelle soll Fachwissen in KI aufbauen und vielfältige Informations- und Beratungsdienste für KI-Projekte in den Bereichen Medien, Telekommunikation und Post anbieten, einschließlich eines Informationsportals. Die Dienste umfassen Beratung zu regulatorischen Rahmenbedingungen, Cyber-Sicherheit, Durchführung von Studien und Fachtagungen sowie die Bereitstellung von Leitfäden und Best-Practice-Modellen. Zusätzlich ist die Gründung eines elfköpfigen "Beirats für Künstliche Intelligenz" geplant, dessen Mitglieder aus verschiedenen Fachbereichen kommen und vom Bundeskanzler und Finanzminister ernannt werden.

- Zudem wurden **diverse Volksbegehren** initiiert sowie **12 Berichte des Rechnungshofes** im Parlament zur Kenntnis gebracht.



Abg. z. NR Mag. Romana Deckenbacher, BEd
FCG-Bundesvorsitzende

